

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln-Innenstadt



II. Quartal, Jahrgang 2012

| www.dkp-koeln.de

Landtagswahl am 13. April

Am 14. März löste sich der Landtag auf. Innerhalb der nächsten 60 Tage verlangt die Landesverfassung Neuwahlen. Der 13. Mai ist in der Tat der letzte Termin. Warum wurden Neuwahlen fällig?

Warum löste sich der Landtag auf?

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) regierte zusammen mit den Grünen in einer Minderheitsregierung. Die Mehrheit lehnte einen Einzelhaushalt in der Zweiten Lesung des Landshaushalts ab. Das führte zum Rücktritt der Regierung und zum Auflösungsbeschluss des Landtags. Die FDP hatte weitere Sparmaßnahmen erwirken wollen.

Das lehnte die Regierung ab, war aber auch nicht bereit, mit der Partei Die Linke zu reden, die sich für Wohnungsbau, Kitas und zur Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen einsetzte.

Auch ihr Vorschlag für ein landesweites 15-Euro-Sozialticket erhielt durch die Gesprächsverweigerung von SPD und Grünen eine Abfuhr.

Taktik von Rot-Grün

Offenbar haben sich diese beiden Parteien durch die momentan guten Umfrageergebnisse betören lassen und Neuwahlen provoziert. Sie erhoffen für sich eine Mehrheit im Landtag und, dass die Partei Die Linke mit ihren lästigen Anträgen draußen bleibt.

Es könnte aber Überraschungen geben. Eine der Unwägbarkeiten ist das Abschneiden der Piraten, die jetzt schon in den Umfragen stärker sind als die Grünen.

DKP unterstützt Forderungen der Partei DIE LINKE.

Andererseits kommt es ein wenig darauf an, dass die Partei Die Linke in die Pötte kommt und deutlicher sagt, wofür sie kämpft.

Beim landesweiten 15-Euro-Sozialticket werden wir, die DKP, sie unterstützen.

Wir rufen dazu auf, die Landesliste der Partei Die Linke zu wählen.

Ein landesweites Sozialticket für 15 Euro, jetzt!



Für das Recht auf Mobilität!

Es gibt mittlerweile viele Menschen, die für Fahrscheine in Bus und Bahn nicht genug Geld haben. Bei Betroffenen von Hartz IV, die mit dem Regelsatz von 374 Euro auskommen müssen, sind gerade mal 18,41 Euro im Monat für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vorgesehen. Wer am Leben teilnehmen will, muss aber die Möglichkeit haben, Ärzte zu besuchen oder Freunde, sich auf Arbeitsplatzsuche zu begeben oder auch einen Ausflug mit den Kindern „ins Grüne“ zu machen. Auch arme Menschen haben ein Anrecht auf Mobilität. Schon seit Jahren drängen Sozialticket-Initiativen - zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbslosengruppen und anderen – auf die Einführung eines Sozialtarifs in den öffentlichen Verkehrsmitteln in NRW.

Bisherige Sozialtickets zu teuer, Rot-Grün blockiert Initiativen

Tatsächlich gibt es sowas in Köln. Seit dem 1. März 2012 ist der „Mobil-Pass“ im VRS eingeführt. Kosten 31,80 Euro. Nur wenige Menschen nehmen dieses Ticket in Anspruch. Es ist zu teuer. In der Debatte zum Landeshaushalt am 14. März hat die Fraktion der Partei Die Linke (PDL) unter anderem ein landesweites 15-Euro-Sozialticket gefordert.

Die Regierung hat sich noch nicht einmal auf Gespräche dazu eingelassen, sondern dafür gesorgt, dass der Landtag neu gewählt werden muss.

DKP sammelt Unterschriften für ein landesweites Sozialticket

Die DKP Köln-Innenstadt wird für dieses 15-Euro-Sozialticket Unterschriften sammeln.

Beteiligen Sie sich! Unterstützen Sie diese Forderung!

Die DKP fordert in Nordrhein-Westfalen:



- ★ Eine Initiative der neuen Landesregierung im Bundesrat für einen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro.
- ★ Mindestlohn von 10 Euro bei der Vergabe aller öffentlicher Aufträge, unabhängig von der Höhe des Auftragsvolumens.
- ★ Rücknahme der Verlängerung der Wochenarbeitszeit und der Kürzung der Sonderzahlung im öffentlichen Dienst.
- ★ Sofortiger Stopp der Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- ★ Sofortige Einführung eines landesweiten Sozialtickets von maximal 15 Euro für Einkommensschwache

Palästinensischer Frühling?!



Datum: Donnerstag, 26. April 2012,

Beginn: 19.30 Uhr

Ort: Freidenkerzentrum,
Bayenstraße 11,
50678 Köln

Mit der Ausrufung eines unabhängigen Staates Palästina neben dem Staat Israel im September 2011 ging der Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung in eine neue Runde.

Mit dem arabischen Frühling im Nahen Osten und der offiziellen Versöhnung der verschiedenen politischen palästinensischen Strömungen kam die Hoffnung auf, die israelische Besetzung des Westjordanlandes und Ostjerusalems zu beenden und einen eigenen, lebensfähigen Staat aufbauen zu können. Zehntausende junger Palästinenser demonstrierten gegen die Besetzung und für nationale Einheit. Hinter diesen Protest standen oftmals linke Organisationen wie die „Palästinensische Volkspartei“ (PPP, bis 1991 KP Palästinas) oder die „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP).

Fortschrittliche politische Kräfte erhalten gegenwärtig Zulauf von jungen Menschen, die weder mit der Bürokratisierung der Fatah noch mit dem reaktionären Islamismus der Hamas einverstanden sind und nach Alternativen suchen. Fast 61 Jahre sind seit der UN-Resolution 181 vergangen, die die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen unabhängigen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen Staat vorsah. Die Existenz des Staates Israel ist seitdem Realität. Jetzt endlich ist es an der Zeit, dass nach jahrzehntelanger Besetzung und Unterdrückung auch ein unabhängiges Palästina als eigenständiger Staat international anerkannt wird.

Die aggressive israelische Politik konterkariert dieses Bestreben mit einem massiven Ausbau illegaler Siedlungen, der Einverleibung Ostjerusalems und dem Versuch, die dortige palästinensischen Bevölkerung zu vertreiben oder dem Bau einer völkerrechtswidrigen Apartheidmauer auf palästinensischen Boden.

Was für eine Position nimmt die palästinensische Linke ein im Kampf gegen die Besetzung und für nationale Einheit? Welche Perspektiven werden gesehen? Wir diskutieren über die Themen mit **Amin Juaidi**, **Mitglied der Jugend der „Palästinensischen Volkspartei“** und Mitglied der **internationalen Kommission der PPP** sowie mit einem **Vertreter der DFLP**, die sich auf Einladung der DKP auf einer Rundreise in Deutschland befinden .

1.Mai

Arbeit für alle.

Löhne rauf.

Rente mit 60.

Alle Auszubildenden übernehmen.

Kürzer arbeiten, bei vollem Lohnausgleich.

DKP
Die Linke Kommunistische Partei

Rote Maifeier der DKP Köln

am **Samstag, den 28. April 2012 ab 15:00 Uhr** im
Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a

Kultur mit:

Songtruppe Albatros

(Lieder der Friedens- & Arbeiterbewegung)

Kölsch vom Fass

Kaffee & Kuchen

Literatur & Infos

Schmackhaftes & Herzhaftes

Kennenlernen in gemütlicher Runde

Walter Stehling

(Satirisches & Denkwürdiges)

Bildungspolitik

„Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir dafür auf die Straße“

Bildungspolitik

Interview mit Marina „Mina“ Küpper zu Perspektiven der Bildungspolitik nach dem letzten Bildungsstreik. Mina ist Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei und des sozialistischen Jugendverbands SDAJ. Das Interview führte Harald Roßels.

Hallo Mina, November 2011 gab es ja wieder einen Bildungsstreik, an dem sich bundesweit 30.000 junge Menschen, vor allem Schüler und Schülerinnen beteiligten. Am Bildungsstreik 2009 beteiligten sich gar 280.000 Menschen.

Haben diese Aktivitäten überhaupt etwas gebracht?

Selbstverständlich. Nach dem Bildungsstreik 2009 gab es die wohl sichtbarsten Erfolge: Die Studiengebühren in NRW wurden abgeschafft, ebenso wie die Kopfnote, bei denen Schüler nach ihrem „Sozialverhalten“ beurteilt werden sollten, außerdem wurde die Drittelparität in der Schulkonferenz wieder eingeführt. Überhaupt: Der Bildungsstreik ist der größte Protest von Jugendlichen seit Jahrzehnten – er hat dafür gesorgt, dass Bildungspolitik, gerade im Rahmen der damaligen Landtagswahlen, ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt werden musste.

Studiengebühren und Kopfnote sind also Geschichte in NRW. Wie schätzt du denn die Auswirkungen des - verhältnismäßig kleineren - Bildungsstreiks vom vergangenen November ein?

Der letzte Bildungsstreik hat zum Einen gezeigt, was wir vor zwei Jahren versprochen haben:



Wir verschwinden nicht einfach, wir sind immer noch da – und müssen es auch sein, solange es immer noch Unzulänglichkeiten im Bildungssystem gibt – und das ist mit dem verkürzten Abitur (G8) und den verkorkten Bachelor- und Masterstudiengängen, nur zwei Beispiele, definitiv der Fall.

Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir dafür auf die Straße gehen und auch andere Schüler und Schülerinnen bzw. Studenten und auch Azubis motivieren, wieder auf die Straße zu gehen.

Und was gilt es deiner Ansicht nach jetzt zu tun?

Nach einer erfolgreichen Demonstration heißt es selbstverständlich: *Weitermachen! Konkret kann das am Besten vor Ort geschehen, also in der*



sende Jugendliche auf den Straßen sind, kann man sich für seine Rechte einsetzen.

Es gibt einige SVen, die nach dem Bildungsstreik gestärkt wurden oder überhaupt erst aufgebaut werden konnten.

An eben dieser Basis Bildungspolitik zu gestalten ist die beste Voraussetzung für die Verbesserung des eigenen Schul- und Lernalltags.

Danke für das Gespräch!

eigenen (Bezirks)SchülerInnenvertretung (SV) oder in der Gewerkschaft, in den Interessensvertretungen.

Denn auch, wenn gerade nicht Zehntau-

Veranstaltung der DKP Köln zum internationalen Frauentag

Eine gut gelungene Veranstaltung zum 8. März, dem Internationalen Frauentag fand – etwas zeitversetzt - am 10.03. im Freidenkerzentrum am Rheinauhafenstatt. Mit Filmen erinnerten wir an Gertrud Hamacher und Maria Fenski, zwei Kommunistinnen aus Köln und Bergisch Gladbach, die aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet hatten. Sie bezahlten dafür mit mehrmonatiger bis mehrjähriger Haft und KZ-Aufenthalt. Soviel zu der Meinungsmache, Widerstand gegen die Faschisten hätte es nur am 20. Juli 1944 durch hochrangige Offiziere gegeben.

Ihren Widerstandswillen konnte das nicht brechen. Gleich nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus nahmen beide Frauen ihre Arbeit in und mit der KPD zur Beseitigung der größten Nachkriegsprobleme und später gegen die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik wieder auf. Außerdem hörten wir Details aus dem Leben von Clara Zetkin, international bekannte

Kommunistin und Weggefährtin von Rosa Luxemburg.

Der Höhepunkt war die Wiedergabe ihrer Rede als Alterspräsidentin zur Eröffnung des neugewählten Reichstages im Herbst 1932. Auch die Anwesenheit der gesamten Naziprominenz - Hitler, Göring, Göbbels etc. – hielt sie nicht davon ab, deutliche und unmissverständliche Worte über die faschistische Gefahr auszusprechen.



Wir wollen Frieden: Kein Krieg gegen Iran & Syrien!

In Syrien herrscht ein Bürgerkrieg zwischen dem syrischen Staat und bewaffneten Rebellen. Während die Todesopfer auf beiden Seiten in die Höhe schnellen, verlangen die Nato-Staaten eine einseitige Waffenruhe vom syrischen Staat.

Die sogenannte „Freie Syrische Armee“ wird von den Ländern des „Golfkooperationsrats“ (u.a. Saudi-Arabien) mit Waffenlieferungen unterstützt. Nach Recherchen des ARD-Politikmagazin „Kontraste“ produziert die staatseigene saudiarabische Rüstungsfirma MIC in Lizenz das deutsche Sturmgewehr G-36 der Firma Heckler & Koch. Mit Waffen, entwickelt von deutschen Rüstungskonzernen, wird in Syrien getötet.

Dem Iran wird vorgeworfen, er würde mit seinem Atomprogramm die Herstellung atomarer Waffen anstreben. Beweise? - Fehlzanzeige!

Im Nahen Osten wird viel über Massenvernichtungswaffen geredet, aber eines wird dabei häufig verschwiegen: die Atomwaffen Israels. Man schätzt, dass Israel über 75 bis 200 Atomwaffen und ein hochentwickeltes Trägersystem verfügt.

Nach Angaben der „Tagesschau“ liefert die Bundesrepublik Deutschland sechs U-Boote an Israel. Diese U-Boote können mit atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen aufgerüstet werden.

Mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen zu Iran und Syrien sowie mit Sabota-

ge- und Terroraktionen von „Spezialeinheiten“ halten die USA gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel

die beiden Länder in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben soll. Zynisch und menschenverachtend versuchen USA und EU, mit Embargos ihren Außenhandel und Zahlungsverkehr planmäßig lahm zu legen.

Die Wirtschaft des Iran und Syriens soll bewusst in eine tiefe Krise gestürzt, ihre Arbeitslosenzahlen erhöht und die Versorgungslage ihrer Bevölkerung drastisch verschlechtert werden. Die inneren Konflikte der Länder sollen zugespitzt und ein Bürgerkrieg entfacht werden. So wird ein Vorwand für längst geplante militärische Interventionen geschaffen. An den Embargos ist die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beteiligt.



Wir fordern:

- ★ *Verbote von Waffenexporten und Lizenzvergaben zur Nutzung von Waffentechnologie!*
- ★ *Keine Sanktionen gegen die Völker Syriens und des Iran!*
- ★ *Für eine atomwaffenfreie Welt: Allseitige Abrüstung und Kontrolle!*
- ★ *Truppen raus aus Afghanistan!*



„Kein Land bedroht Deutschland. Aber die Herrschenden haben die größten Rüstungsprojekte in der jüngsten Geschichte aufgelegt. Sie verschlingen die Gelder für soziale Reformen, sind eine Gefahr für die Demokratie und bedrohen den Weltfrieden. [...] Im heutigen Umfang wird die friedensfeindliche und unsoziale Politik erst möglich durch den Wegfall der Systemkonkurrenz, der sozialistischen Länder Europas.“

(aus: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 18)

MASCH - Marxistische Abendschule in Köln

**Fortsetzung der gemeinsamen Lektüre von:
„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“**

Mittwoch, 16.Mai, 19:30
Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50678 Köln



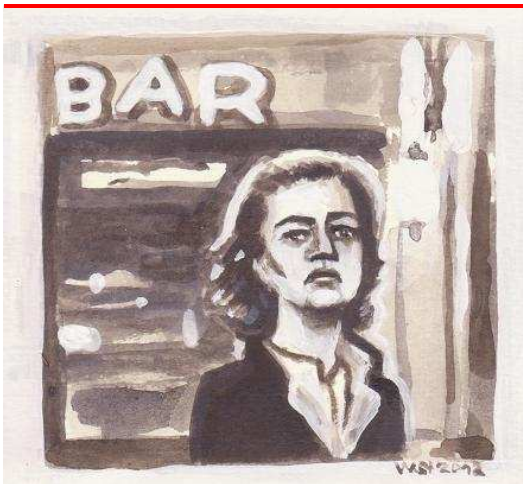
Antifaschistische Gedenkveranstaltung in der Elsaßstraße

Mehrere Wochen nach der Machtübernahme 1933 marschierten SA-Trupps erstmals durch die Elsaßstraße, die als Hochburg der Kommunisten galt. Die Bewohner bewarfen die Nationalsozialisten aus den Fenstern mit Blumentöpfen, Flaschen, Mülltonnen und anderen Gegenständen. Die damalige Schutzpolizei eröffnete daraufhin das Feuer und nahm 70 Personen fest.“ So lautet der Text einer Gedenktafel in der Kölner Elsaßstraße. Die DKP Gruppe Köln Innenstadt erinnerte mit einer kleinen Kundgebung an dieser Stelle an den Jahrestag dieses Ereignisses. Es sprach der Kreisvorsitzende Klaus Stein.

Kulturabend der DKP Köln-Innenstadt

Fahrstuhl zum Schafott

(Ascenseur pour l'échafaud, F 1958)



Am Ende war alles umsonst, die in großartigen Schwarzweiß-Bildern fotografierte Jeanne Moreau bleibt verzweifelt zurück. Ganz im Stil des „Film noir“ drehte Louis Malle 1958 diesen Kriminalfilm, eine bittere existentialistische bürgerliche Tragödie – Mord, Verstrickung, Sinnlosigkeit. Ausgerechnet der Fetisch Automobil lässt ein aus Leidenschaft begangenes „perfektes Verbrechen“ elend scheitern. Und über allem liegt die geniale Filmmusik des „modal jazz“ von Miles Davis.

An unserem Kulturabend wollen wir ihn uns ansehen. Wie immer ist auch für das leibliche Wohl gesorgt.

Dienstag 24.April, 19.30 Uhr
Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11,
50678 Köln.

Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verboten ließ.

Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns allmählich wieder berappeln.

Die DKP hat heute in Ost und West etwa 4000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu. Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung.

Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter.

In Köln ist die DKP in fünf Parteilgruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent.

Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit.

In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition.

Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.



Walter Sehting
Köln 2012

Termine und Veranstaltungen

- ★ **Kulturabend der DKP Köln-Innenstadt**, Dienstag 24. April, 19.30 Uhr
Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50678 Köln.
- ★ **Veranstaltung „Palästinensischer Frühling?!“**, Donnerstag, 26. April 2012, 19:30 Uhr, Freidenkerzentrum Bayenstraße 11
- ★ **Rote Maifeier der DKP Köln**, Samstag, 28. April 2012 um 15:00 Uhr im Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a
- ★ **Mitgliederversammlung der DKP Köln-Innenstadt**, Dienstag, 15. Mai 2012, 19:30 Uhr, Freidenkerzentrum Bayenstraße 11